



H. D. Schmidt
 G. Bissan

Aid colonization 2.0

Die internationale Entwicklungszusammenarbeit im Spiegel der afrikanischen Kritik.
Rhetorik und Wirklichkeit von Franziska Dübgen

Entwicklung, so verkündete der US-amerikanische Präsident Truman 1949, möge Wachstum, Demokratie und Wohlstand in die „unterentwickelten“ Regionen der Welt bringen. Als geostrategisches Vehikel sollte sie bereits in der Nachkriegszeit die blockfreien Staaten an den Westen binden. Diese Rede war die Geburtsstunde der Einteilung des Globus in bereits kapitalistische „entwickelte“ Nationen und solche, die es erst noch werden sollten und noch im Stadium der „Unterentwicklung“ stagnierten. Eine Neuauflage erhält diese Kopplung aus Kapitalismus-Export und politischer Hörigkeit seit dem 11. September 2001 und dem damit einsetzenden „Krieg gegen den Terror“. Eine Reihe afrikanischer Intellektueller skandalisierten jüngst in ihren Publikationen diese Form der Instrumentalisierung und die sich darin fortschreibenden postkolonialen Abhängigkeiten unter dem Deckmantel der Solidarität. Trotz der Rhetorik von Partnerschaftlichkeit und Eigenverantwortung hat sich im vergangenen Jahrzehnt wenig an den grundlegenden Machtungleichgewichten innerhalb der globalen Institutionen für Entwicklungszusammenarbeit verändert, noch wurde deren interessengeleitete neoliberale Ausrichtung, welche diese Asymmetrien verfestigt, nachhaltig in Frage gestellt.

Hilfsabhängigkeit als Gefährdung
demokratischer Selbstbestimmung

Der afrikanische Politikwissenschaftler Tim Murithi sprach kürzlich sogar provokativ von erneuter Kolonisierung durch Hilfe („aid colonization“) mittels an Bedingungen geknüpfter Hilfszahlungen. Nicht jede Entwicklungshilfe sei pauschal als kolonial einzustufen, sondern solche, die mit massiver Einflussnahme in interne Angelegenheiten afrikanischer Regierungen verknüpft ist, das Eindringen in

lokale Märkte ermöglicht, Deals zur Beschaffung militärischer Ausrüstung als Hilfe tarnt oder lokale Hilfsökonomien innerhalb des globalen Südens als Arbeitsbeschaffungsmaßnahme für Menschen aus dem globalen Norden errichtet. Aid colonization führe daher auch zu aid addiction, der Abhängigkeit von Hilfe. In einigen Ländern hängt das jeweilige nationale Budget derzeit zwischen 30 und 50 Prozent von ausländischen Hilfszahlungen ab. Uganda erzielte mit 57 Prozent einen traurigen Rekord. Yosh Tandon, ugandischer Politikwissenschaftler und Direktor des Thinktanks des Südens „South Centre Geneva“, fragt nach den Konsequenzen, welche dies für die Souveränität und demokratische Verfasstheit vieler afrikanischer Länder hat: „Wie kann eine von Hilfszahlungen abhängige afrikanische Regierung ihre Pflicht erfüllen, ihrem Volk gegenüber demokratisch verantwortlich zu sein, wenn doch 25 (in manchen Fällen sogar 50 Prozent) ihres nationalen Haushalts durch Geberhilfe finanziert wird?“ Die „Schutzmächte“ der internationalen Kreditgeber, wie Achille Mbembe sie bezeichnet, insbesondere des internationalen Währungsfonds und der Weltbank, deren Darlehen einen Großteil der offiziellen Entwicklungshilfe ausmachen, können durch die Auflagen ihrer Kredite auf indirekte Weise folgende Politikbereiche beeinflussen: Privatisierung staatlicher Produktionssphären, Importregelungen, Landwirtschaftspolitik, Spar- und sonstige Haushaltsbeschlüsse. Die Folge des Aussetzens von ausländischer Hilfe zeigt dagegen ebenfalls häufig dramatische Auswirkungen: Sie führt zur Unterlassung von Lohnzahlungen, erhöhter Arbeitslosigkeit, einer Verschlechterung des Bildungssystems, erschwertem Zugang zu Hygiene und damit zu einem Ausbruch von Krankheiten als kurz- und langfristige Folgen. Diese Faktoren machen viele der afrikanischen Regierungen leicht erpressbar, so

der Grundtenor der hier vorgestellten Autorinnen und Autoren. In ihrem Buch „Das gedemütigte Afrika“ (französisch: L’Afrique humiliée) zitiert die malische Autorin Aminata Traoré den ehemaligen malischen Übergangspräsidenten von 1991 Mamady Touré: „Eine wahre Partnerschaft würde die Autonomie derjenigen Länder voraussetzen, die davon profitieren sollen, so dass sie selbst Hilfe beantragen und deren Ziele bestimmen können. [...] Oft werden uns die Programme jedoch aufgezwungen und man versucht uns glauben zu lassen, sie wären unsere gewesen.“

Die Doppelherrschaft aus *mzungi* und *mbenzi*-Macht

Samir Amin, ein ägyptischer Wirtschaftswissenschaftler und Vertreter des afrikanischen Weltsozialforums, analysiert ähnlich skeptisch die Verbindung von Hilfsabhängigkeit und souveräner demokratischer Selbstbestimmung und problematisiert dabei die langfristigen Effekte auf die internen Angelegenheiten der Regierung. Er kommt zu dem Schluss, dass die äußere Beziehung zu den „Geberländern“, häufig ehemalige Kolonialmächte, notwendig auch zu Formen der internen Beherrschung der lokalen Bevölkerung durch ihre jeweilige politische Elite führt oder diese aufrecht zu erhalten vermag: „Ausländische Hilfe spielt eine wichtige Rolle in der Beibehaltung von Staaten als Klientelstaaten. Es ist nicht übertrieben zu argumentieren, dass es das Ziel von Hilfe ist, die herrschenden Klassen zu korrumpieren.“ Eine Doppelbeherrschung aus *mzungi* (Kiswaheli für weiße Westler) und *mbenzi*-Macht (polemisch für eine postkoloniale afrikanische Elite mit einer starken Neigung zu einem Mercedes Benz) sei häufig das Resultat einer solchen Verbindung, urteilt in ähnlicher Manier der kenianische Journalist Parselelo Kantai.

Die Politik hilfsabhängiger Länder scheint diesen Analysen zufolge mehr an die Interessen der ausländischen Steuerzahlenden gebunden zu sein als von ihrer eigenen Wählerschaft abzuhängen. Allzu leicht geben viele afrikanische Regierungen ihre im antikolonialen Befreiungskampf gewonnene Souveränität auf, um dem „Club der Geber“ zu gefallen, beanstandet dementsprechend Charles Abugre, Aktivist aus Ghana und Vorsitzender bei Christian Aid. Ziel müsse langfristig eine Abkehr von den

„Oft werden uns die Programme aufgezwungen und man versucht uns glauben zu lassen, sie wären unsere gewesen.“

Hilfsinstitutionen und eine Hinwendung zu regionalen politischen Institutionen und Produktionssphären sein: „Ohne einen Bruch mit einer Mentalität der Abhängigkeit gegenüber Hilfe hat Afrika keine Chance, Demokratien

zu schaffen, die ihren eigenen Bürgern gegenüber verantwortlich handeln.“

Die Industrienationen richten in eigener Sache

Jedoch sind auch innerhalb der Entwicklungszusammenarbeit diese Vorwürfe nicht neu, und als Antwort auf die beständige Kritik des Neokolonialismus kamen Schlagwörter wie „Ownership“ und „Partnerschaftlichkeit“ in den letzten zwei Jahrzehnten in Mode. Die institutionelle Architektur der Beschlüsse von Hilfszahlungen und die neuen Mechanismen zu deren Bewertung seit der Akkra-Erklärung von 2007 änderten trotz dieser Bekenntnisse wenig an den bestehenden Ungleichgewichten. So besteht das entscheidende Gremium zur Festlegung und Evaluierung der Entwicklungszusammenarbeit seitens der OECD-Länder, das DAC (Development Assistance Committee), bis heute einseitig aus Vertretungen von 27 Industriestaaten. Diese Institution der sogenannten Gebernationen gibt die Leitlinien dessen vor, was offiziell als Entwicklungshilfe gezählt werden darf, und ist auch in der Evaluation mit ihren Peer-Review-Gutachten in eigener Sache aktiv. Den Empfängerstaaten fehlt es weiterhin an effektiven Sanktionsmechanismen und an der Möglichkeit, Ausrichtung und Umfang der Hilfe eigenständig zu bestimmen. Einen Hoffnungsschimmer auf Besserung boten die „Pariser Erklärung zur Wirksamkeit der Entwicklungshilfe“ (2005) und die „Accra Agenda for Action“ (2007). Die Pariser Erklärung forderte einerseits mehr Eigenständigkeit der Empfängerstaaten in der Festlegung ihrer staatlichen Entwicklungsstrategien. Zum anderen verpflichtete sie die Geberländer dazu, in einem Harmonisierungsprozess und mit gegenseitiger Absprache, diesen nationalen Entwicklungsplänen geschlossen zu folgen. Die zwei Jahre später stattfindende Folgekonferenz in Akkra sollte konkrete Strategien erarbeiten, wie diese Beschlüsse umgesetzt werden könnten. Yosh Tandon bezeichnet deren Ergebnis jedoch als „sehr enttäuschend“. Weder seien zivilgesellschaftliche Gruppen zureichend in den Prozess integriert worden - sondern dienten lediglich zur „Legitimierung einer bereits feststehenden Agenda der Geber“ -

noch waren so wichtige Institutionen wie die „Gruppe der 77“, ein Zusammenschluss der „Entwicklungsländer“, vertreten. Die dadurch entstehende Fragmentierung dieser Länder führte zu einer schwachen Verhandlungsposition gegenüber der in sich geschlossener auftretenden Gebernationen. Das Ergebnis war, dass keine Strafoptionen gegenüber den Industriestaaten des globalen Nordens bei ausbleibender oder mangelhafter Umsetzung eingeführt wurden. Das in der Paris-Deklaration enthaltende Prinzip der reziproken Verbindlichkeit fand in Akkra keinen Mechanismus für eine glaubhafte Umsetzung.

Auch die von den Vereinten Nationen verabschiedeten „Millenniumsziele“ als kollektive Richtlinie zur globalen Entwicklungszusammenarbeit deklarieren in ihrem achten Ziel „globale Partnerschaft“. Das zugleich in den Millenniumszielen geforderte erhöhte Wirtschaftswachstum und die Liberalisierung der Finanz- und Handelsflüsse (vgl. Millenniumsziel 8a) lassen es jedoch ebenfalls fragwürdig erscheinen, wie innerhalb solcher ökonomischer Rahmenbedingungen bestehende Ungleichgewichte nachhaltig transformiert werden könnten.

Der Platz auf dem Beifahrersitz

„Die afrikanischen ‚Mitarbeiter‘ (co-partner) innerhalb der afrikanischen Entwicklung sind weder gleich noch befinden sie sich auf dem Fahrersitz“, stellt der tansanische Jurist und Intellektuelle Issa Shivji daher zynisch fest. Er spielt mit dieser Aussage auf das Motto der Weltbank an, die behauptet, sie würde die Entwicklungsstaaten dahin führen, selber den Wagen zu lenken. Der Paternalismus der bestehenden Entwicklungsinstitutionen wurzelt Shivji zufolge im ökonomischen Eigeninteresse der ehemaligen Kolonialländer. So ergibt sich in Institutionen wie dem Internationalen Währungsfonds und der Weltbank die Stimmenverteilung aus der jeweiligen finanziellen Beteiligung. Durch diesen Mechanismus, bemängeln die Kritikerinnen und Kritiker, folgen sie unwillkürlich den Interessen der jeweiligen Industrienationen und deren wirtschaftspolitischen Vorstellungen. Schuldenkrisen, europäische Subventionspolitik und die damit einhergehende einseitige Liberalisierung der afrikanischen Märkte bilden die Eckpfeiler dieser unfairen „terms of trade“. „Die Bedingungen einer solchen

Hilfe, kombiniert mit dem Protektionismus des Westens, sind dergestalt designt worden, um Afrika als eine Quelle von Rohstoffen und als einen Abnehmer von in den Industriestaaten produzierter Fertigware beizubehalten“, schreibt Demba Moussa Dembélé, Ökonom und Direktor des „Afrikanischen Forums für Alternativen“ (Senegal). Den Vorwurf der Interessenpolitik innerhalb der vermeintlichen „Entwicklungspartnerschaft“ bestätigt ungeniert die deutsche Neuausrichtung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit seit der Übernahme durch Minister Niebel. In der Broschüre „BMZ auf einen Blick“ wirbt es mit folgender Selbstdarstellung:

„Die afrikanischen ‚Mitarbeiter‘ innerhalb der afrikanischen Entwicklung sind weder gleich noch befinden sie sich auf dem Fahrersitz.“

„Jeder Euro, den wir für Entwicklung in unseren Partnerländern ausgeben, erhöht den deutschen Export um 1,80 Euro. Unsere Partner lernen deutsches Know-how und deutsche Technik schätzen; deutsche Unternehmen erschließen damit neue

Absatzmärkte.“ Wäre eine Win-win-Situation im optimalen Fall auch wünschenswert, scheint diese Unterordnung der vermeintlichen „Hilfe“ unter die Interessen der Wirtschaft eine offensichtliche Unterminierung jeglicher Rhetorik um die solidarische Partnerschaft. Zu diesem wirtschaftlichen Ungleichgewicht gesellt sich häufig eine symbolische Unterordnung durch einen „heimtückischen Rassismus“: dem Überlegenheitsgefühl, vermeintlich noch immer zu wissen, was gut für die afrikanischen Länder sei, analysiert der Journalist Philip Ochieng, obgleich die katastrophalen Folgen der IWF-Programme für zahlreiche afrikanische Staaten die Industrieländer längst vom Gegenteil hätten überzeugen können. Der kenianische Verleger Hakima Abbas und die Politikwissenschaftlerin Nana Ndeda bringen diese weiterhin bestehende Verbindung aus wirtschaftlichem Eigeninteresse und kulturalistischem Rassismus in der Entwicklungszusammenarbeit wie folgt auf den Punkt: „Die paternalistische Beziehung zwischen Geber und Empfänger erinnert an die koloniale Rhetorik, in welcher das ökonomische Selbstinteresse des Kolonialstaats mit der Behauptung getarnt wurde, die Afrikaner seien nicht dazu in der Lage, sich selbst zu regieren.“

Die neuen Geberländer im „scramble for Africa“

Die in vielen Entwicklungskreisen als fortschrittlich angesehene und in Akkra beschlossene Harmoni-

Franziska Dübgen
ist Philosophin und
promoviert derzeit in
Frankfurt a. M. zu
Fragen transnationaler politischer
Solidarität

sierung, die Doppelungen und unkoordinierte Projektitis künftig vermeiden helfen sollte, führe jedoch auch zu einer verstärkten Hegemonie der Geberländer und zu einer Schwächung der Empfängerstaaten, da diese nun noch weniger Spielraum haben, zwischen einzelnen Geberpolitiken zu wählen, analysiert Samir Amin. In diesem Zusammenhang ist das Auftreten „neuer Geberländer“ wie China und Indien, die keine Mitglieder der OECD sind, auf dem afrikanischen Kontinent eine interessante Entwicklung. Zwar sind diese Länder des Südens eine zunehmend attraktiver werdende Alternative zur Finanzierung von Infrastrukturprojekten und großflächigen „Entwicklungsprojekten“, da sie weniger direkte politische Einflussnahme in den afrikanischen Ländern anstreben und zumindest rhetorisch immer wieder betonen, auf gleicher Augenhöhe zu agieren. Andererseits, so merken Sanusha Naidu und Hayley Herman kritisch an, sind „Chinas und Indiens Entwicklungshilfe Teil eines breiteren ‚scramble‘ um Africas Ressourcen im 21. Jahrhundert“. Diese ahmten zunehmend das Verhalten der traditionellen europäischen Geberländer nach und benutzen ähnliche Mechanismen, um dadurch ihre wirtschaftlichen Eigeninteressen zu befördern. Bereits Georg Simmel stellte 1908 in seiner Analyse der englischen Armengesetze fest, staatliche „Armenhilfe“ tendiere stets dazu, den Interessen des bisherigen Systems zu dienen und das Übel nur so weit abzumildern, wie es den Status quo bestehender Unrechtsverhältnisse aufrecht erhält:

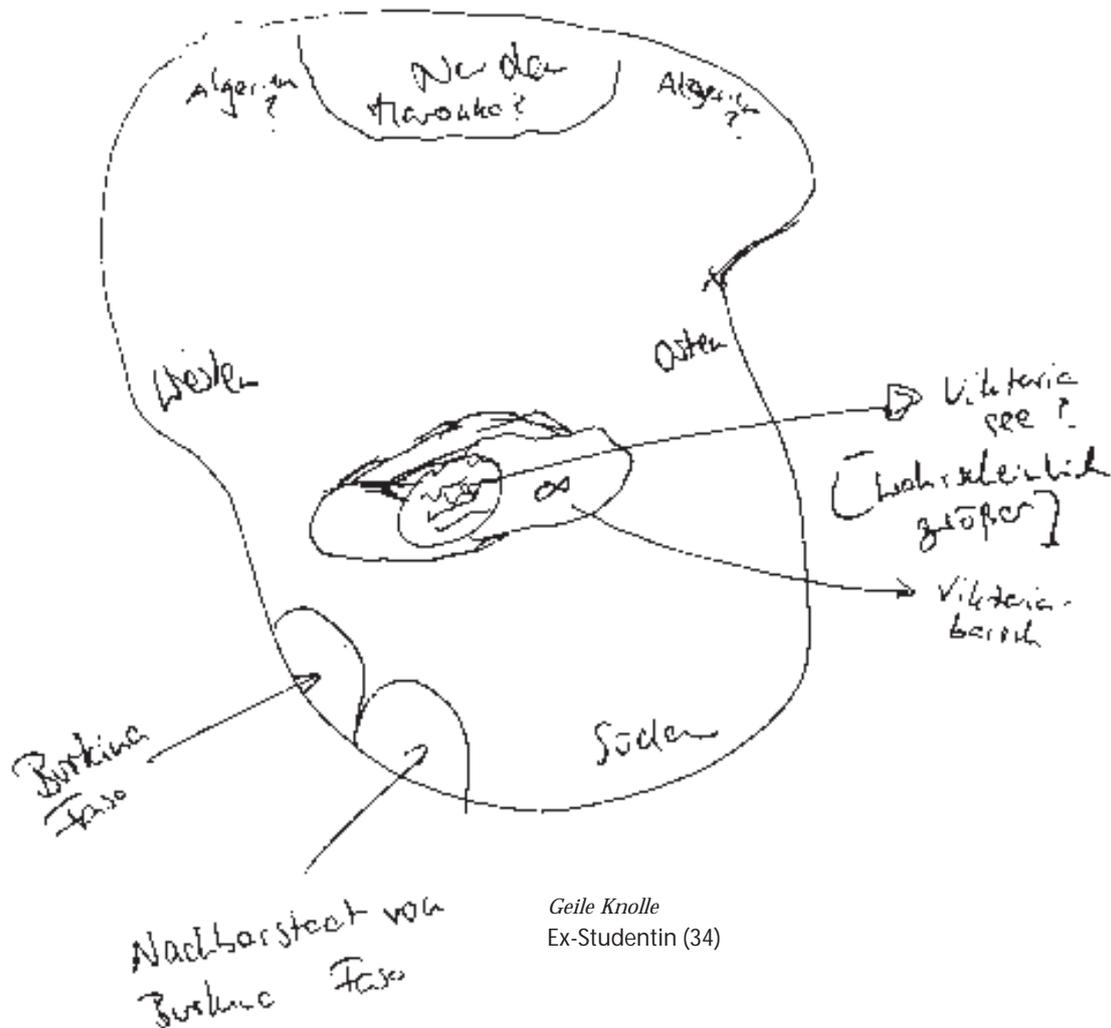
„Aus diesem Sinn der Armenpflege heraus wird klar, dass sie, indem sie dem Wohlhabenden nimmt und dem Armen gibt, doch keineswegs auf ein Gleichwerden dieser individuellen Positionen geht, dass ihr Begriff nicht einmal der Tendenz nach die Differenzierung der Gesellschaft in Arme und Reiche aufheben will. [...] Ihr Sinn ist gerade, gewisse extreme Erscheinungen der sozialen Differenziertheit so weit abzumildern, dass jene Struktur weiter auf dieser ruhen kann.“

Solidarität statt Hilfe

Was aber könnte in Abgrenzung gegenüber dieser systemstabilisierenden „Armenhilfe“ dagegen globale politische Solidarität bedeuten? Damit „Hilfe“ wirklich zu Solidarität werde, müsste sie radikal verändert werden, bekräftigt Samir Amin. Weder die Weltbank noch OECD oder EU seien hierfür geeignete Organe. Allein die Vereinten Nationen könnten diese Verantwortung auf sich nehmen, da sie als einzige Institution wenigstens formell demokratisch alle Länder durch eine Stimme vertreten. Ähnlich resümiert Yosh Tandon: Er sieht die Vereinten Nationen jedoch noch vor der Aufgabe, sich konzeptuell erst einmal von den bestehenden Denkkategorien zu verabschieden. Andere afrikanische Aktivistinnen und Aktivisten wenden sich ganz von den bestehenden Institutionen ab und setzen auf eine Demokratisierung jenseits der bestehenden Strukturen. Das „Afrikanische Sozialforum“, das sich innerhalb des Weltsozialforums formiert hat, fordert in seiner Charta einen Bruch mit den bestehenden internationalen Organisationen: „Das Forum protestiert gegen jegliche Programme und Initiativen, die im Namen des Kontinents begonnen werden, aber in Wirklichkeit die Herrschaft der finanziellen, politischen und kulturell hegemonialen Kräfte verfestigen.“ Stattdessen wirbt das Forum für „demokratische Institutionen, die den Interessen des Kontinents dienen, der sozialen Gerechtigkeit, der Gleichheit und der Souveränität der Völker.“ Könnte die Afrikanische Union ein Organ für eine regionale, panafrikanische Integration stellen? Oder sind es vornehmlich genuin die lokalen Institutionen, die in horizontalem Austausch neue Formen transformativer Politiken hin zu mehr sozialer Gerechtigkeit begründen sollten, wie es viele Vertreterinnen und Vertreter eines Post-Development-Ansatzes in Abkehr von den bisherigen Entwicklungsparadigmen einfordern? - Auch hierüber scheiden sich die Geister. Eine weitere mögliche Perspektive sehen viele Autorinnen und Autoren in der verstärkten Kooperation zwischen Ländern des globalen Südens, beispielsweise mit Akteuren aus Lateinamerika, um sich gegenseitig in finanziellen und technologischen Fragen zu unterstützen. Cheikh Tidiane Diop skizziert dagegen in seinem Buch „Afrika in der Warteschleife?“ (französisch: L’Afrique en attente?) eine Vision von codéveloppement; einer Wortschöpfung, die den Wunsch zum Ausdruck bringen soll, Beziehungen der Abhängigkeit in solche des wechselseitigen Vorteils umzuwandeln. Neue Formen einer sozialen Ökonomie und der reziproken Wissensvermittlung sollten dabei entstehen, die auch das Wissen und die



Reichtümer der vermeintlich „unterentwickelten“ afrikanischen Länder zu erkennen vermögen. Die Transformation des Ganzen steht Diop gemäß auf dem Spiel. Ein codéveloppement, welches auch die Industrieländer des globalen Nordens und das Verhältnis zwischen ihm und dem globalen Süden in entscheidender Weise zu verändern und das die Einbahnstraßen-Politik des Kapitalismus- und Demokratieexports des Westens zu ersetzen vermag. Um mit Diop zu sprechen: „Afrika braucht keine weitere Hilfe, es braucht vor allem Respekt!“ <



Geile Knolle
Ex-Studentin (34)